

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Offener Ganztag

Sicherheit

Facebook



Liebe Leserinnen und Leser,

in letzter Zeit beschwerten sich immer mehr Eltern darüber, dass sie ihr Kind generell nicht zu einer früheren Uhrzeit aus der Offenen Ganztagschule abholen dürfen. Wollen Eltern ihr Kind an dessen Geburtstag, beim Besuch der Oma oder für den Arztbesuch früher abholen, können sie dies nach den aktuellen Bestimmungen nicht tun. Wer sein sechsjähriges Kind für eine nachmittägliche Betreuung anmeldet, die bis 15 oder 16.00 Uhr dauert, sieht sich fortan mit der Alternative

"Ganz oder gar nicht" konfrontiert. Bei Zuwiderhandlung verhängt das Land horrende Rückzahlungsforderungen oder Strafgebühren. Elternvereine haben inzwischen lange Listen mit Fällen dieser Art zusammengestellt. Das Vorgehen der Landesregierung zeugt von geradezu preußisch-soldatesker Unbarmherzigkeit. CDU und FDP haben deshalb im Schulausschuss einen Antrag vorgelegt, die Abholzeiten in Offenen Ganztags-



Bild: GTÜ/pixelio.de

grundschulen zu flexibilisieren. Doch die Schulministerin schmetterte den Antrag mit der rot-grünen Mehrheit im Ausschuss ab und damit auch die Wünsche, Bitten und Hoffnungen Zehntausender Eltern.

Doch das wird sich rächen. Die Ministerin nötigt Eltern dazu, mit den Lehrern und Betreuern ihrer Kinder kräftig zu streiten. Eins werden die meisten Eltern nicht zulassen: Dass Frau Löhrmann bestimmt, wie ihr Kind seinen Geburtstag begeht.

Ihre

A. Birkhahn

Astrid Birkhahn

Rot-grüne Politik sorgt für Stillstand bei Bus und Bahn

Nach Ansicht von Astrid Birkhahn setzt die rot-grüne Landesregierung den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in NRW aufs Spiel. Laut einer Studie des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) benötigen die Kommunen und Verkehrsbetriebe in NRW bis 2016 Investitionen in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro für den Erhalt ihrer U-Bahn- und Straßenbahn-Systeme. „Rot-Grün kürzt ohne Sinn und Verstand die ÖPNV-Mittel. Dadurch fehlen etwa bei Schienen, Tunneln und Waggons jährlich 30 Millionen Euro. Wenn nicht bald etwas geschieht, müssen Stadtbahnstrecken stillgelegt werden“, sagte

Birkhahn. Ein nachhaltiges und strukturelles Sparen könnte allen Beteiligten helfen und würde zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Die gekürzten Mittel werden jedoch an anderer Stelle für das Sozialticket ausgegeben. „Das Sozialticket hat wenig Nutzen, wenn Bus und Bahn überhaupt nicht mehr fahren“, so Birkhahn. Als Beitrag zur Rettung der Straßen- und U-Bahnnetze schlägt die CDU-Landtagsfraktion deshalb vor, die 30 Millionen Euro statt für das schwach nachgefragte Sozialticket für den Erhalt der Infrastruktur zu verwenden.

Mehr Sicherheit durch einen starken Zoll

Im Einsatz gegen Schmuggel und Kriminalität trägt die Bundeszollverwaltung mit ihrer Arbeit dazu bei, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa zu garantieren. Zu diesem Zweck sind die Beamtinnen und Beamten der Zollverwaltung auch in Nordrhein-Westfalen im Einsatz.

Das Problem dabei: Werden Mängel an Lastkraftwagen festgestellt oder Fahrzeugführer unter Drogen- bzw. Alkoholeinfluss überführt, muss die Polizei dazu gerufen werden. Der Verbleib der Person bzw. des Fahrzeugs am Kontrollort kann in diesen Fällen nur für die Dauer der zollbehördlichen Maßnahme verlangt werden. Wenn die Landespolizei bis zur Beendigung dieser Maßnahme nicht eingetroffen ist, kann die Weiterfahrt nicht untersagt werden.

„Der Zollverwaltung in Nordrhein-Westfalen stehen zu wenig Handlungsoptionen zur Verfügung, die zu einer effektiven und professionellen Aufgabenbewältigung erforderlich sind“, sagte Astrid Birkhahn.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Die Zollbeamten besitzen keine allgemeinpolizeiliche Eilzuständigkeit. Im Klartext heißt das, dass Zollbeamte zwar einen flüchtigen Straftäter vorläufig festnehmen dürfen. Sie haben jedoch keine weitergehenden Befugnisse. Zoll-

beamte dürfen weder eine Identitätsfeststellung durchführen, noch Personen durchsuchen oder Beweismaterial sicherstellen.

Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion eine Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes in die Plenarsitzung eingebracht. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sieht die Änderung vor, die allgemeinpolizeilichen Eilkompetenzen für Beamtinnen und Beamten der Zollverwaltung zuzulassen.



Noch ist es Zollbeamten in Nordrhein-Westfalen untersagt Straftäter länger festzuhalten. Geht es nach der CDU-Landtagsfraktion soll sich dies ändern. (Bild: Paul Georg Meister/pixelio.de)

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Am 16. und 17. Oktober kam der Düsseldorfer Landtag zur 41. und 42. Plenarsitzung zusammen. Das Hauptaugenmerk lag vor allem auf der Debatte zum Inklusionsgesetz (**9. Schulrechtsänderungsgesetz**). Zudem forderte die CDU die Abschaffung der **Roaming-Gebühren** für Mobilfunkgespräche in deutschen Grenzregionen ab 2014. Zur Diskussion stand zudem der Antrag der CDU zur zukunftsgerichteten **Denkmalförderpolitik**.



Damit die Industrie und das Gewerbe in NRW ein wichtiger Wachstumsmotor bleiben, forderte die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung dazu auf, den **Industriestandort NRW** zu stärken statt ihn durch Bürokratie und Abgabenlast zu schwächen. Debattiert wurde über den Einfluss folgender Faktoren für den Wirtschaftsstandort NRW: Planungsrechtliche und gesetzliche Vorgaben, die Förderpolitik des Landes, das Engagement zur Einwerbung ausländischer Direktinvestitionen, den Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Nicht zuletzt stand auch die **Autonomie der Hochschulen** auf der Agenda. Dabei machten CDU und FDP klar: Die Landesregierung muss von ihrer Bevormundungspolitik Abstand nehmen und sich eindeutig zum bestehenden System der Hochschulfreiheit bekennen. Alle Entscheidungen der Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

CDU fordert Ausbau und Weiterführung der Schulverwaltungsassistenten

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass das Programm der Schulverwaltungsassistenten weitergeführt und weiter ausgebaut wird. Vertreter des Finanzministeriums hatten in der letzten Sitzung des Personalausschusses angekündigt, das bewährte Projekt der Schulverwaltungsassistenten ab 2014 auslaufen zu lassen. Diese Aussage steht im Widerspruch zu dem schriftlichen Bericht des Finanzministers Walter-Borjans an den Personalausschuss im Landtag.

„Sie entlasten Lehrer und Schulleitungen von Verwaltungsarbeiten, so dass diese mehr Unterricht geben können“, heißt es im Bericht des SPD-Ministers. Und weiter: „Das Projekt ist in 2011 mit positivem Ergebnis evaluiert worden und soll fortgeführt werden.“ Derzeit sind 347 Schulverwaltungsassistenten an knapp 400 Schulen in NRW tätig. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für die Fortführung und den Ausbau des Projekts ein und wundert sich sehr über die widersprüchlichen Angaben der rot-grünen Landesregierung.

„Wir als CDU-Fraktion sehen es als selbstverständlich an, dass das Projekt der Schulverwaltungsassistenten auch nach 2014 weiter besteht. Sie sollen die Lehrerinnen und Lehrer weiterhin unterstützen und entlasten. Lehrerinnen und Lehrer sollen sich voll auf den Unterricht konzentrieren können. Wer was anders behauptet, verunsichert Eltern und Schulen“, sagte die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn.

Birkhahn informiert auch über Facebook

Mit einer überarbeiteten Facebook-Fanseite bietet die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche Möglichkeit sich über ihre Arbeit im Landtag Nordrhein-Westfalen und ihren Wahlkreis Warendorf I zu informieren. Auf Facebook berichtet Birkhahn über die wichtigsten Themen aus dem Düsseldorfer Landtag und ihren Themenschwerpunkten Schule und Weiterbildung sowie Innovation, Wissenschaft und Forschung. Auf ihrer Facebook-Fanseite posten Birkhahn und ihre Mitarbeiter zudem Aktuelles rund um die Landtags- und Wahlkreisarbeit. Die Facebook-Seite ist unter folgendem Link erreichbar: <https://www.facebook.com/pages/Astrid-Birkhahn-MdL/118491684957357?fref=ts>. „Durch die sozialen Medien ist ein zusätzlicher Kommunikationsweg entstanden. Ich möchte Facebook nicht nur nutzen, um Informationen zu verbreiten. Die Plattform bietet auch die Chance mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Kommentare und Diskussionen helfen mir bei meiner politischen Arbeit“, sagt Birkhahn.



Neuigkeiten zur Politik von Astrid Birkhahn finden Sie auch auf Facebook.

Birkhahn steht Schülern Rede und Antwort



Am 9. Oktober 2013 besuchten 50 Schülerinnen und Schüler der HEBO-Privatschule aus Münster unter der Leitung von Ina Zimpel die Abgeordnete Astrid Birkhahn im Landtag. In einer Diskussionsrunde informierten sie sich über die Arbeit einer Landtagsabgeordneten.

Mehr Gerechtigkeit bei Bildung und Teilhabe

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben ein Recht aufs Mitmachen - bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen: Das ist das Ziel des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung. Gesetzliche Leistungsträger des Paketes sind die Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen. Sie haben sich intensiv der Bildung und Ausbildung junger Menschen gewidmet und das Bildungs- und Teilhabepaket offensiv umgesetzt. Statt für ihr Engagement um Chancengerechtigkeit in der Bildung belohnt zu werden, bestraft die rot-grüne Landesregierung den Einsatz der Kommunen.

Grund dafür ist die Abrechnungsmethode des Landes NRW. Stellt der Bund die Gelder für das Bildungs- und Teilhabepaket für jedes Bundesland nach Bedarf zur Verfügung, überweist das Land NRW den Kommunen nur einen pauschalen Betrag. Das derzeitige Abrechnungsverfahren der pauschalen Weiterleitung der Bundesmittel durch das Land Nordrhein-Westfalen hat zur Folge, dass zahlreiche Kommunen mit den tatsächlichen Ausgaben deutlich höher liegen, als die vom Land ausgezahlte pauschale Beteiligungsquote rechnerisch ergibt. Genau dies ist auch im Kreis Warendorf der Fall.

„Die unveränderte Weitergabe der Bundesmittel durch das Land Nordrhein-Westfalen führt zu einer ungerechten, defizitären Verteilung zuungunsten für den Kreis Warendorf. Verteilungsgerechtigkeit muss auch landesintern gewährleistet werden. Die Bundesmittel für das Bildungs- und Teilhabepaket müssen entsprechend der Ist-Ausgaben auf die Kommunen verteilt werden“, sagte Birkhahn.

Um die negativen Folgen der Geldverteilung zu verhindern, hat die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag ins Plenum eingebracht, der eine kommunalscharfe Spitzabrechnung vorschlägt. Die Abrechnungsmethode sorgt für eine vollständige Kompensation der kommunalen Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket. Dies gewährleistet zudem, dass regionale Unterschiede bei den Ausgaben berücksichtigt werden. Eine entsprechende Änderung des nordrhein-westfälischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch (SGB) II sollte nach Auffassung der CDU nicht länger aufgeschoben werden.

Herbsttagung der CDU zu Themen Wirtschaft und Wachstum

Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion haben auf ihrem Studientag Anfang Oktober in Nümbrecht mit externen Fachleuten über zentrale Zukunftsprojekte diskutiert. Zu Gast waren u.a. Dr. Jürgen Schröder, Direktor von McKinsey, Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer von Forsa und der Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie, Prof. Dr. Uwe Schneidewind. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion müssen wichtige Wachstumsfelder gezielter durch das Land gefördert werden. „Nordrhein-Westfalen hinkt beim Wachstum hinterher. Die Wachstumsschwäche hat dabei keine strukturellen Gründe, sondern liegt an der falschen rot-grünen Wirtschaftspolitik, die zu wenig auf kleine und mittlere, innovative Unternehmen setzt“, resümierte Birkhahn.

Zu den zentralen Ergebnissen der Tagung zählte auch, dass eine gezielte Wirtschaftsförderung nötig wäre, anstatt mit der Gießkanne Geld zu verteilen. Ebenso notwendig ist die Konzentration auf innovative Geschäftsfelder: Dazu zählen die Kreislaufwirtschaft, Logistik und urbane Mobilität, neuer Handel und moderne Zahlungssysteme sowie die Zukunft der Pflege. Wachstumsbremsen, wie sie die rot-grüne Landesregierung mit dem Tarifneugesetz oder dem Klimaschutzgesetz aufgebaut hat, müssen beseitigt werden. Die CDU-Fraktion wird auf dieser Basis ein Konzept zur innovativen und zielgerichteten Wirtschaftsförderung erarbeiten.

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de